

NACHRICHTEN

Schweiz fördert
Syrien-Gespräche

BERN sda. Bundesrat Didier Burkhalter hat eine weitere Runde von Syrien-Gesprächen in Genf angekündigt. Die Schweiz sei von der UNO beauftragt worden, eine der Arbeitsgruppen zu leiten, Mediatoren würden in den nächsten Tagen mit ihrer Arbeit beginnen, sagte der Schweizer Aussenminister gestern Abend. Zum ersten Mal seit vier Jahren hätten diesen Sommer alle Grossmächte im UNO-Sicherheitsrat zugestimmt, einen neuen Dialog über Syrien zu lancieren; die Schweiz sei angefragt worden, eine der Arbeitsgruppen zu leiten, sagte Burkhalter in einer Sondersendung des Schweizer Fernsehens zum Sammeltag der Glückskette für Flüchtlinge gestern. Burkhalter nannte den November als möglichen Termin für den Syrien-Dialog in der Rhone-Stadt, der ähnlich sein solle wie jener, den die Schweiz in der Ukraine angestossen habe.

Grossklage gegen
Bund scheidert

PENSIONSKASSEN sda. Der Sicherheitsfonds BVG ist mit einer Schadenersatzklage in Millionenhöhe gegen die schweizerische Eidgenossenschaft gescheitert. Das bernische Verwaltungsgericht hat die Klage, welche auf das Vera/Pevos-Pensionskassendebakel zurückgeht, abgewiesen. Das Berner Gericht hält in seinem gestern veröffentlichten Urteil fest, die Kontrollstelle habe über Jahre hinweg die Rechtskonformität der Vera/Pevos-Geschäftstätigkeit bestätigt. Deshalb habe die in der Kontrolle nachgelagerte Eidgenossenschaft – gemeint ist das Bundesamt für Sozialversicherungen – keine Veranlassung gehabt einzugreifen.

ALTERSREFORM 70 Franken
mehr AHV im Monat: So will
der Ständerat kompensieren,
dass Frauen länger arbeiten
und der Mindestumwand-
lungssatz sinkt. Im Nationalrat
regt sich bereits Widerstand.

DOMINIC WIRTH
schweiz@luzernerzeitung.ch

Eine Rentenreform, das ist eine heikle Sache. Es gilt, viele Interessen zu berücksichtigen, denn über allem schwebt das Damoklesschwert der Volksabstimmung. Zuletzt hatte das Volk im Jahr 2010 über eine Anpassung im Rentenbereich abstimmen müssen – und dabei die Senkung des Mindestumwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge wuchtig verworfen. Anderen Revisionsvorhaben war es zuvor ähnlich ergangen.

Diese Ausgangslage prägte gestern den zweiten Beratungstag der Rentenreform. Es ging nach den Entscheidungen vom Montag – Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre, Senkung des Mindestumwandlungssatzes von 6,8 auf 6 Prozent – darum, die Rentenreform mit einem Zückerchen für die Bevölkerung etwas schmackhafter zu machen.

«Schlüssel zum Erfolg»

Dieses Zückerchen sei «der Schlüssel zum Erfolg» für die Vorlage. So formulierte es Urs Schwaller (CVP, Freiburg), Sprecher der zuständigen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK). Dort hatte eine Mitte-links-Allianz einen überraschenden Kompromiss ausgehandelt. Dessen Kernpunkte: die Erhöhung der AHV-Renten um 70 Fran-

ken pro Monat sowie eine Anhebung des Plafonds für die Ehepaarrente von 150 auf 155 Prozent. Diese würde damit um bis zu 226 Franken erhöht. Der Rat stimmte diesen Vorschlägen schliesslich deutlich zu, mit 27 zu 17 Stimmen (eine Enthaltung). Paul Rechsteiner (SP, St. Gallen) zog einen Minderheitsantrag zurück, mit dem er die Rentenerhöhung auch auf jene ausweiten wollte, die bereits eine Rente beziehen.

Gegner kritisieren Kosten

Immer wieder verwiesen die Befürworter im Verlauf der Debatte darauf, wie wichtig es sei, bereits jetzt an eine Volksabstimmung zu denken. Konrad Graber (CVP, Luzern) sagte es so: «Am Schluss des Tages zählt das, was auf dem Teller landet, und es zählt das, was

Arbeitgeber aufteilen würden, bezahlt werden.

Auf Kritik stiess das Argument, der SGK-Vorschlag sei günstiger als jener des Bundesrats. Das gelte nämlich nur bis 2030. Felix Gutzwiller (FDP, Zürich) sprach von einem «neuen Finanzierungsproblem», das auf diese Weise für die Zeit danach geschaffen werde. Aus der Stabilisierungs- und Sanierungsvorlage sei plötzlich eine Ausbauvorlage geworden.

Karin Keller-Sutter (FDP, St. Gallen), Vorstandsmitglied des Arbeitnehmerverbands, beklagte, dass mit einer Erhöhung der Lohnprozente die Wirtschaft zu sehr belastet werde. Immer wieder wurde zudem von den Gegnern kritisiert, dass die SGK in der ersten Säule kompensieren will, was in der zweiten Säule abgebaut wird.

«Wir verlassen das Zweisäulensystem, und das ist nicht korrekt», sagte etwa Alex Kuprecht (SVP, Schwyz). In seinen Augen wurde bei der von der Kommission vorgeschlagenen Lösung zudem zu wenig «an unsere Kinder und Grosskinder» gedacht, «auf die nimmt niemand Rücksicht».

«Wir verlassen das
Zweisäulensystem,
und das ist nicht
korrekt.»

ALEX KUPRECHT,

STÄNDERAT (SVP, SCHWYZ)

Bereits kursiert eine Alternative

Eine erste Hürde hat der Renten-Kompromiss damit genommen; ungleich höher wird dieselbe jedoch voraussichtlich im Nationalrat. Insbesondere in der CVP, die im Ständerat mit der Linken den Kompromiss prägte, ist der Rückhalt nicht lückenlos. Ständerätin Brigitte Häberli-Koller (CVP, Thurgau) sagte, sie habe der Erhöhung der AHV-Renten ohne Begeisterung und «in Würdigung des Gesamtkonzepts» zugestimmt. Sie rechnet im Nationalrat noch mit Korrekturen, etwa bei der Höhe des AHV-Ausbaus.

Von verschiedenen CVP-Nationalräten, unter anderem den SGK-Mitgliedern Ruth Humbel (Aargau), Barbara

Sonderregel für
Schweizergarde

AHV lkz. Die AHV-Reform sieht eine Sonderregelung für die Schweizergarde vor. Der Ständerat stimmte gestern dem Vorschlag des Bundesrats zu, dass der Lohn der Mitglieder künftig für die AHV angerechnet wird.

Sprichwörtlicher Gotteslohn

Nach Auskunft des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) ist die heutige Regelung für die Gardisten relativ ungünstig. Nicht nur arbeiten sie im Vatikan beinahe zum sprichwörtlichen Gotteslohn, verdienen also relativ wenig. Auch die Altersvorsorge des Kirchenstaats ist weniger grosszügig als in der Schweiz. Bei der Rückkehr aus dem Dienst im Vatikan haben sie, falls sie nicht freiwillig AHV-Beiträge bezahlen, eine Versicherungslücke und erhalten entsprechend weniger Rente. Dies soll sich nun ändern: Der Ausnahmeartikel sieht vor, dass das Einkommen der Gardisten als Renteneinkommen angerechnet wird.

Falls der Artikel auch im Nationalrat eine Mehrheit findet, wäre es das erste Mal überhaupt, dass die Schweizergarde in einem Gesetz Erwähnung findet.

Schmid-Federer (Zürich) und Christian Lohr (Thurgau), wurde gestern bereits eine abgeschwächte Variante des Ständerat-Kompromisses ins Spiel gebracht. Demzufolge sollen lediglich die Bezüge von AHV-Minimalrenten in den Genuss der Erhöhung um 70 Franken kommen.

In Griechenland steht ein Duell der Generationen an

ATHEN Die griechische Parlamentswahl steht im Zeichen eines Zweikampfs: Tsipras gegen Meimarakis, links gegen rechts, jung gegen alt.

Bis vor einigen Wochen konnte Alexis Tsipras mit der Opposition zufrieden sein. Die konservative Nea Dimokratia (ND) steckte seit ihrer Wahlniederlage Ende Januar in einer Führungskrise. Als Anfang Juli Vangelis Meimarakis die Nachfolge des endlich zurückgetretenen Parteichefs Antonis Samaras übernahm, sollte das nur eine Übergangslösung sein. Wieder einmal schien sich zu zeigen: Tsipras' grösste Stärke ist die Schwäche seiner Gegner. Aber nun wendet sich das Blatt. Lag die ND noch im Juni in den Umfragen um fast 20 Prozentpunkte hinter Tsipras' Linksbündnis Syriza, hat die Opposition inzwischen unter ihrem Interimschef Meimarakis gleichgezogen. Und in der persönlichen Popularitätswertung bescheinigen einige Demoskopien sogar dem ND-Chef bessere Noten als Tsipras.

Alte Elite wird Tsipras gefährlich

Mit einem solchen Kopf-an-Kopf-Rennen hatte Tsipras sicher nicht gerechnet, als er vor vier Wochen mit dem Rücktritt seiner Regierung die vorgezogenen Wahlen herbeiführte. Schliesslich gehört Meimarakis aus seiner Sicht politisch zum alten Eisen. Der 62-Jährige ist ein Berufspolitiker alter Schule. Der Kreter kommt aus einer bürgerlichen, konservativen Politikerfamilie. Seit 41 Jahren Parteimitglied, seit 26 Jahren im Parlament – Meimarakis ist ein Repräsentant der alten politischen Elite, die Griechenland in den vergangenen Jahrzehnten mit Vetternwirtschaft und Schuldenmachen ruiniert hat. Ausgerechnet er wird Tsipras nun gefährlich.

Am Montagabend messen die beiden Kontrahenten in einem TV-Duell ihre Kräfte. Zwei völlig unterschiedliche Charaktere trafen aufeinander. Meimarakis, mit Halbblut und grauem Schnauzbart,



Der ehemalige griechische Premierminister Alexis Tsipras vom Linksbündnis Syriza (links) tritt bei den Wahlen vom 20. September gegen den Konservativen Vangelis Meimarakis an.

AP/Lefteris Pitarakis

wirkt im direkten Vergleich zu dem 20 Jahre jüngeren Tsipras zwar tatsächlich auf viele Griechen wie ein Mann von gestern. Rhetorisch ist er dem charismatischen Tsipras unterlegen. Doch seine joviale und volksnahe Art, seine schnörkellose, leicht schnoddrige Sprache kommt bei vielen Griechen gut an. Während Tsipras' Lieblingsgeste die geballte Faust ist, sieht man Meimarakis oft mit ausgebreiteten Armen.

Meimarakis spricht von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit, plädiert für eine grosse Koalition, eine «politische Nationalmannschaft», wie er sagt. Ein kluger Schachzug, denn sieben von zehn

griechischen Wählern wollen ein breit aufgestelltes Regierungsbündnis, um die riesigen Probleme des Landes zu lösen.

Sparprogramm als Hypothek

Tsipras lehnt eine grosse Koalition als «unnatürlich» ab. An Selbstbewusstsein fehlt es ihm nicht. Er kommt aus einer bürgerlichen Familie, der Vater war Bauunternehmer. Aber schon als 16-Jähriger schloss sich der Sohn der Jugendorganisation der stalinistischen Kommunistischen Partei Griechenlands an und organisierte Schulbesetzungen gegen die Bildungspolitik der damaligen konservativen Regierung. Später agitier-

te er als Studentenfunktionär. Als er 2008 den Vorsitz bei Syriza übernahm, lag die Partei bei 5 Prozent Stimmenanteil. Dass sie bei der Wahl im Januar mit 36 Prozent stärkste politische Kraft wurde, ist vor allem den Folgen des Sparkurses geschuldet, den die beiden traditionellen Regierungsparteien, die konservative ND und die sozialdemokratische Pasok, auf Geheiss der Geldgeber steuern mussten.

Nun musste ausgerechnet Tsipras das dritte Anpassungsprogramm unterzeichnen. Das ist die grösste Hypothek, mit der er in die Wahl geht. In dem TV-Duell gab es keinen klaren Sieger.

Welche Rolle der Altersunterschied von 20 Jahren spielen könnte, vermögen die Wahlforscher nicht schlüssig zu beantworten. Wer die Wahl gewinnen wird, ist weiter ungewiss. Unklar ist auch, welche Koalitionskonstellation sich ergeben wird. Wenn Tsipras und Meimarakis nicht miteinander können oder wollen, bieten sich die proeuropäischen Mitte-links-Parteien To Potami und Pasok als Partner an. Einigkeit ergab die Debatte immerhin in einem Punkt: Tsipras wie Meimarakis gelobten, das Reformprogramm zügig umzusetzen.

GERD HÖHLER, ATHEN
nachrichten@luzernerzeitung.ch